



Studierendenparlament der TUD

Organ der Studierendenschaft
der Technischen Universität Darmstadt
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Protokoll vom 16.07.2019

Sitzungsbeginn: 19:10 Uhr
Sitzungsende: 21:13 Uhr

Sitzungsleitung: David Grünewald, Sven Klipfel
Protokoll: Yannis Illies, Henry Krumb

Zu Beginn der Sitzung Stimmberechtigte: 21

Präsident	David Grünewald	Post	Telefon
Präsident	Sven Klipfel	AStA der TU Darmstadt	06151-16-28360
Schriftführer	Yannis Illies	Hochschulstr. 1	Internet
Schriftführer	Henry Krumb	64289 Darmstadt	www.stupa.tu-darmstadt.de

Tagesordnung

TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung	3
TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 13.06.2019 (P1)	3
TOP 2: Mitteilungen des Präsidiums	3
TOP 3: Anträge von Gästen	3
TOP 4: Beratung über Berichte	4
a) Rechenschaftsbericht des AStA	4
TOP 5: Abwahl des Rechnungsprüfungsausschuss (W1)	4
TOP 6: Wahl des Rechnungsprüfungsausschuss (W2)	5
TOP 7: Ergebnisse der Vollversammlung vom 15. Juli 2019 und Beschluss über Resolution (R1)	5
TOP 8: Sonstige Anträge und Resolutionen	7
a) Eilantrag zur Resolution: Künftige Raumunterbringung politischer Hochschulgruppen (R2)	7
b) Resolution: Künftige Raumunterbringung politischer Hochschulgruppen (R2)	7
TOP 9: Sonstiges	9

[19:10] TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung

Es ist unter TOP 8 noch eine Resolution eingegangen (R2: Raumvergabe für politische Hochschulgruppen).

In der studentischen Vollversammlung vom 15.07.2019 wurde eine Resolution (R1) erarbeitet, die in diesem StuPa vorgetragen wird.

Abstimmung zur Genehmigung der Tagesordnung [19:11]

dafür	20
dagegen	0
enthalten	1

→ *Damit ist die Tagesordnung angenommen.*

[19:12] TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 13.06.2019 (P1)

Abstimmung zur Genehmigung des Protokolls [19:12]

dafür	15
dagegen	0
enthalten	6

→ *Damit ist das Protokoll genehmigt.*

[19:13] TOP 2: Mitteilungen des Präsidiums

Das Präsidium bedankt sich für die Teilnahme der Mitglieder des Studierendenparlaments.

[19:13] TOP 3: Anträge von Gästen

Es sind keine Gastanträge eingegangen.

[19:14] TOP 4: Beratung über Berichte

a) Rechenschaftsbericht des AStA [19:14]

Frage: Was ist gemeint mit Projektleitung DADS? Diese stehe nicht im Zusammenhang mit dem AStA.

Antwort: Die aktuelle Projektleitung wird das Studium an der TU Darmstadt unterbrechen; daher wird eine Nachfolge gesucht.

Kommentar (SDS): Zur Infrastruktur: Umstrukturierung des AStA und aktualisierte Transponderliste würden nur vom Büroteam und nicht von den Referaten erfüllt.

Antwort AStA: Früher wurden diese Aufgaben vom gewählten AStA ausgeführt; erst seit kurzem kümmert sich das Büroteam darum. Bei der Umstrukturierung war auch der gewählte AStA involviert.

Kommentar (LHG): Es ist schön, dass der Bericht nicht kurz vor dem StuPa verschickt wurde. Man wünscht sich, dass das so beibehalten wird.

Frage: (LHG): Was war das Ergebnis von Punkt 3? Welche Referate werden weitergeführt?

Antwort: (Jusos): Diese Information muss dem StuPa nicht zukommen, da diese Inhalte (Personalien) vertraulich sind. Die neue Referatsstruktur wird zur kommenden Legislatur bekannt gegeben.

Antwort: (SDS): Es ginge nicht darum, welche Personen die Referate ausüben, sondern darum, welche Referate es geben wird. Es ginge bei der Frage nicht um Personalien sondern um die Struktur.

Frage: (LHG): Sollen die aktuellen Referate behalten werden?

Antwort: Ja.

[19:20] TOP 5: Abwahl des Rechnungsprüfungsausschuss (W1)

Kontext: Die Entlastung vergangener Legislaturen ist nicht erfolgt. Die Mitglieder des RPA haben in dieser Legislatur nicht getagt, da es Probleme bei der Terminfindung gab. Bei einigen StuParier*innen besteht der Wunsch, den RPA neu zu wählen.

Diskussion

Kommentar: Appell an den eventuell neu gewählten RPA, es das nächste Mal besser zu machen.

Kommentar (LHG): Um eine Kontrolle zu gewährleisten, sollte der RPA in Zukunft verkleinert werden. Listen, die Mitglieder im AStA haben, sollten nicht im RPA vertreten sein dürfen. Der AStA könne sonst einfach seine eigenen Rechnungen prüfen.

Kommentar (Jusos): In den RPA können keine Mitglieder des AStA gewählt werden. Somit könne der AStA nicht die eigenen Rechnungen prüfen.

Kommentar (Fachwerk): Die Listen können aktuell selbst entscheiden, ob ein Listenmitglied in den RPA entsandt wird. Daher ist die Größe des RPA flexibel. Das StuPa fällt den endgültigen Beschluss über den Bericht des RPA, daher ist es ausgeschlossen, dass der AStA sich selbst prüft.

19:25 Uhr: Felix Dörnfeld erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 22 Stimmberechtigte anwesend.

Anmerkung (LHG): Kann gewährleistet werden, dass zwischen Abwahl und der kommenden Legislatur (dazwischen ist Klausurenphase) der RPA tagen kann?

Kommentar (SDS): Kritik an mangelndem Interesse seitens CG und FACHWERK an studentischer Selbstverwaltung im Allgemeinen und am RPA.

Frage: (PARTEI) Muss der RPA in der konstituierenden Sitzung gewählt werden?

Antwort: Ja, das ist ein Pflicht-TOP in der konstituierenden Sitzung.

19:34 Uhr: GO-Antrag: der TOP soll erst in der konstituierenden Sitzung behandelt werden (entspricht GO-Antrag auf Vertagung des TOPs gemäß GO §19 Abs. 6, 7.).

Formale Gegenrede; der GO-Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der GO-Antrag wird von der Mehrheit der Parlamentarier*innen angenommen. Somit entfallen TOPs 5 und 6.

[19:36] TOP 6: Wahl des Rechnungsprüfungsausschuss (W2)

Entfällt und wird erst in der konstituierenden Sitzung der neuen Legislatur behandelt.

[19:36] TOP 7: Ergebnisse der Vollversammlung vom 15. Juli 2019 und Beschluss über Resolution (R1)

Der Beschluss liegt den Parlamentarier*innen in schriftlicher Form und digital vor.

Da die Vollversammlung kein beschlussfähiges Gremium ist, wird der Antrag im StuPa vorgetragen.

Frage: (LHG) Wie kommt die Vollversammlung auf einen Preis pro CO₂-Tonne?

Antwort: (FACHWERK) Der Preis schließt sich einer Einschätzung des Bundesumweltamtes an.

Frage: (LHG) Wieso sollen Studierende freigestellt werden?

Antwort: (Jusos) Bei Anwesenheitspflichten ist die Frage entscheidend.

Antwort: (LHG) Ein Streik sei Teilnehmern üblicherweise wichtiger als Anwesenheitspflichten.

Antwort: (SDS) Der Gewissenskonflikt, ob man Anwesenheiten versäumt oder an einem Streik teilnimmt solle dadurch vermieden werden.

Antwort: (Jusos) Gerade da sie generell gegen Anwesenheitspflichten seien, mache die Forderung Sinn.

Anmerkung (LHG): Meistens gebe es einen Kompromiss, drei mal fehlen zu dürfen, das sei in Ordnung. Es gebe eine gewisse Anwesenheitspflicht in Seminaren.

Antwort: (FACHWERK) Rechtlich bestehe diese Pflicht nicht. Man erwerbe den Schein durch Abgaben oder Klausuren.

Frage: (LHG) Sollen 75% der Gerichte fleischlos und die restlichen 25% vegan sein? Die Formulierung sei missverständlich.

Antwort: (FACHWERK) Nein, es gehe um 75% im Bezug auf alle Speisen und 25% genauso im Bezug auf alle Speisen.

Frage: (DU) Letzter Abschnitt Punkt 3: *Alle Kooperationspartner*: Wie weit ist das gemeint?

Antwort: (FACHWERK) Ähnlich wie bei der Zivilklausel.

Änderungsantrag von LHG: Der Verweis auf Atmosfair sollte nicht bindend sondern beispielhaft sein.

Änderungsantrag von FACHWERK: Verweis auf Atmosfair streichen.

Der Änderungsantrag zur Streichung wird übernommen.

Abstimmung über den Antrag inkl. Änderungen [20:01]

dafür	19
dagegen	0
enthalten	3

—→ *Damit werden die Änderungen übernommen.*

Abstimmung zur Genehmigung der Resolution R1. [20:01]

dafür	19
dagegen	0
enthalten	3

—→ *Damit ist die Resolution R1 angenommen.*

[20:05] TOP 8: Sonstige Anträge und Resolutionen

a) Eilantrag zur Resolution: Künftige Raumunterbringung politischer Hochschulgruppen (R2) [20:05]

Antragssteller*innen: Linke Liste – SDS, FACHWERK, Liberale Hochschulgruppe (LHG), Juso-Hochschulgruppe

Begründung der Eile durch die Antragssteller*innen: Die Information der Verwaltung erreichte die Antragssteller*innen erst nach der Antragsfrist.

Die Eile wird einstimmig angenommen.

b) Resolution: Künftige Raumunterbringung politischer Hochschulgruppen (R2) [20:06]

Antragssteller*innen: Linke Liste – SDS, FACHWERK, Liberale Hochschulgruppe (LHG), Juso-Hochschulgruppe

Vorstellung des Antrags durch die Antragssteller*innen

Sowohl der Prozess als die geplanten Neuregelungen seien nicht haltbar. Alle Hochschulgruppen hätten Nachteile von den neuen Regelungen. Die studentischen Interessen seien nicht berücksichtigt worden, die Neuregelungen seien Ergebnis eines Alleingangs der Verwaltung.

Frage: (Jusos) Statt einen Raum für alle gewählten Listen zu fordern, reicht nicht ein besseres Vergabeverfahren?

Antwort: (SDS) Es sei sinnvoller die weitgehendere Forderung nach einem Raum für alle zu stellen.

Redebeitrag (Jusos): Es habe ein Gespräch mit Prof. Bruder gegeben, er könnte die Kritik nachvollziehen. Es sei immerhin nicht gefordert, die Regelung ab 01.08. umzusetzen.

Anmerkung (LHG): Eine neue Vergaberegulation könne wieder Streit auslösen. LHG unterstütze die Forderungen der Resolution.

ÄA1 von DIE PARTEI: Jede Gruppe die jemals gewählt wurde soll einen Raum bekommen.

Anmerkung (FW): Das würde auch nicht akkreditierte Hochschulgruppen einschließen.

Anmerkung (LHG): Das sei auch rechtlich nicht möglich. Die Hausverwaltung vergebe Räume nur an akkreditierte Hochschulgruppen.

ÄA zum ÄA1: Alle Gruppen der letzten zwei Legislaturen. Wird von den Antragssteller*innen übernommen.

20:23 Uhr: GO-Antrag: auf Schluss der Redeliste (GO §19 Abs. 6, 9.).

Der GO-Antrag zum Schluss der Redeliste wird mehrheitlich abgelehnt.

Frage (DU): Hätten Gruppen die Möglichkeit, ihren Raum bei Nichtnutzung abzutreten? Und müssten nicht auch Gruppen unterstützt werden, die anstreben zur Wahl anzutreten?

Frage (Jusos): Wenn es statt alle gewählten politischen Hochschulgruppen alle politischen Hochschulgruppen hieße, wäre die PARTEI damit einverstanden?

Anmerkung (LHG): In den Grundsätzen zur Akkreditierung steht dass das Akkreditierungsverfahren die politischen Hochschulgruppen ausschließt. Politische Hochschulgruppen werden durch ihren Antritt zur Wahl akkreditiert.

Anmerkung (DU): Man unterstützt den Änderungsantrag der PARTEI. Der Kompromiss sei pragmatisch.

– Sitzungspause von 20:32 Uhr bis 20:48 Uhr –

20:37 Uhr: Sophia Trippe verlässt die Sitzung.
Es sind nun 21 Stimmberechtigte anwesend.

Die PARTEI zieht den Änderungsantrag ÄA1 zurück und bringt einen neuen Änderungsantrag ÄA2 ein.

Abstimmung über Änderungsantrag ÄA2 [20:50]

dafür	14
dagegen	4
enthalten	1

→ *Damit ist der Änderungsantrag angenommen.*

Linke Liste - SDS bringt den Änderungsantrag ÄA3 ein.

Abstimmung über Änderungsantrag ÄA3 [20:52]

dafür	6
dagegen	4
enthalten	11

→ *Damit wird der Änderungsantrag übernommen.*

20:53 Uhr: GO-Antrag:Wiederholung der Abstimmung des zweiten Änderungsantrags. Es sei nicht klar gewesen, auf welche Fassung sich ÄA3 bezieht.

Anmerkung: Der Änderungsantrag bezog sich auf die Ursprungsfassung der Resolution.

Wegen Gegenrede wird über den GO-Antrag abgestimmt. Er wird von der Mehrheit angenommen.

ÄA4 wird von der Linken Liste – SDS (Antragssteller*innen) eingebracht und übernommen. ÄA4 bezieht sich auf die Fassung nach ÄA3:

Ändere im angenommenen Änderungsantrag von DIE PARTEI: "jede Hochschulgruppe, welche mindestens einmal bei den letzten beiden Wahlen zum Studierendenparlament angetreten ist oder bei der nächsten Wahl zugelassen ist, einen eigenen Raum bekommen soll. Bu "jede politische Hochschulgruppe, die zur Wahl zugelassen wurde, soll ab dem Zeitraum ihrer Zulassung einen eigenen Raum zur Verfügung gestellt bekommen."

ÄA5 wird von der LHG eingebracht:

Streiche "Der Raum steht für die entsprechende Legislatur zur Verfügung."

ÄA5 der LHG wird von den Antragsstellenden (SDS) übernommen.

Abstimmung über ÄA5. [21:10]

dafür	3
dagegen	12
enthalten	6

—> *Damit wird der Änderungsantrag abgelehnt.*

Abstimmung über den Antrag mit Änderungen aus ÄA4. [21:13]

dafür	21
dagegen	0
enthalten	0

—> *Damit wird der Antrag angenommen.*

[21:13] TOP 9: Sonstiges

Anwesende

Campusgrüne: Maike Arnold (Vertretung für Johanna Brust), Sophia Trippe, Yannis Illies, Johannes Richter

FACHWERK: Thomas Kolb (Vertretung für Melanie Albert), Felix Dörnfeld, Lisa Morath, Tobias Huber, Sven Klipfel, David Stein (Vertretung für Christian Annamaier), Henry Krumb, Julian Haas, David Grünewald

JUSOS & Unabhängige: Helena Wolf, Finn Ihmels

Linke Liste – SDS: Lasse Stelzer, Alexander Praus

Die Unabhängigen: Kirsten Haupt, Daniel Mennekes

Die PARTEI Hochschulgruppe: Sven Mandl

Liberale Hochschulgruppe: Lukas Goebel, Moritz Genschow, Zahedullah Helmand

Gäste: Christian Niehof, Paul Wochner, Sophie Herrmann, Goeeske Kemper Domic Kehrer, Tobias Kratz Ben Rott, Tim Gabriel, Lars Becker, Matthias Lichtenstein, Frederik Feike

Anlagen

TOP		eingebraachte Fassung	Beschlussfassung
TOP 4	Rechenschaftsbericht AStA	B1	
TOP 7	Resolution Vollversammlung	R1	R1b
TOP 8	Resolution Vollversammlung	R2	R2b

Anlage B1: Rechenschaftsbericht

Rechenschaftsbericht des gewählten AStA für das StuPa am 16.07.2019

Personal:

- Einführung eines neuen Zeiterfassungssystems (TimeTac)
- Koordination von Personalwechseln, Urlaubszeiten und Auslandsaufenthalten
- Rückmeldung von Referent*innen wurden eingeholt um zu erfahren ob und wenn ja welches Referat in der kommenden Legislatur weiter geführt wird.

Finanzen:

- Aktualisierung der Personalcontrollingtabellen nach Überprüfung der Gehaltsstufen und tarifgebundenen Gehaltserhöhungen
- Informationen zur Erstellung eines Nachtragshaushaltes wurden gesammelt.
- Koordination der Abläufe zum Jahresabschluss gemeinsam mit den Gewerben

Infrastruktur:

- Die Räumlichkeiten des AStA wurden umfangreich neu strukturiert und teilweise renoviert. Die dafür notwendige Arbeit wurde durch das Personal des AStA erledigt. Die Umstrukturierung war unumgänglich geworden, nachdem es wiederkehrende Probleme mit der Nutzung des offenen Raumes gab. Es gibt weiterhin einen offenen Raum, allerdings soll dieser nichtmehr primär als Aufenthaltsraum dienen. Es wird weiterhin foodsharing in dem neuen offenen Raum geben.
- Zusammenführen und Aktualisieren von Transponderlisten

QSL:

- Gespräche mit dem VP für Studium und Lehre bzgl. der Verdauerung Projektes Tutor International
- Projektplanung und Projektleitung des Projektes DADS.
- Planung der zukünftig durchzuführenden Workshops im Rahmen des Projektes QSMT.

Sonstiges:

- Gespräche mit der Evaluationskommission des HRZ
- Organisation der Delegation und Sichtung von Anträgen für die Mitgliederversammlung des fzs.
- Organisation der studentischen Vollversammlung bzgl. einer Solidarisierung mit Fridays for Future

Anlage R1: Resolution Vollversammlung (eingebrachte Fassung)

Leitantrag der VV vom 15. Juli 2019 mit 19 Änderungsanträgen

Seite 1 von 3

Leitantrag

unter Berücksichtigung der 19 in der Vollversammlung am 15. Juli 2019
angenommenen Änderungsanträge zur weiteren Beratung im

Studierendenparlament am 16. Juli 2019

1. Solidarisierung mit den Forderungen der „Fridays for Future“- Bewegung

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, solidarisieren uns mit den Forderungen der „Fridays for Future“- Bewegung, d.h. der Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Für Deutschland bedeutet dies explizit:

- Nettonull bis 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- ¼ der Kohlekraft abschalten
- Besteuerung der Treibhausgasemissionen (min. 180€ pro Tonne CO₂)

Ziel der Treibhausgasemissions-Steuer ist

- a) die Förderung von Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens
- b) eine Ausschüttung einer CO₂-Dividende an die Bevölkerung, um einen sozialverträglichen Strukturwandel zu ermöglichen

Wir fordern die TU Darmstadt und sämtliche ihr angegliederten Institutionen auf, sich ebenfalls öffentlich mit den Forderungen der „Fridays for Future“-Bewegung zu solidarisieren und die Studierenden innerhalb der Klimabewegung zu bestärken. Dazu gehört die Ermöglichung der nachteilsfreien Teilnahme an den Freitagsstreiks aller Studierenden sowie Mitarbeitenden der Universität.

2. Anerkennung der Sonderberichtes des IPCC zu 1,5°C

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern die Stadt Darmstadt und das Land Hessen auf, die Erkenntnisse des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) Sonderberichts 2018 (SR1.5) innerhalb von 3 Monaten (bis zum 01.11.2019) zur Gänze anzuerkennen und dementsprechend Maßnahmen unter Einbezug aller Sektoren (Energie, Mobilität, Landwirtschaft, Gebäudetechnik...) zu ergreifen. Die Institutionen sollen jährlich Berichten über die Fortschritte zur Reduzierung ihrer Klimabilanz veröffentlichen, beginnend spätestens am 01.01.2020.

Formatiert: Listenabsatz, Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: a, b, c, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0,63 cm + Einzug bei: 1,27 cm

Kommentiert [DG1]: [21:00] zu Hauptforderung 1 von Khanh-ly Nguyen

Kommentiert [DG2]: [22:09] zu Hauptforderung 2 von Johannes Rümmelein

Kommentiert [DG3]: [22:09] zu Hauptforderung 2 von Johannes Rümmelein

3. Klimaneutralität der Universität

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern die TU Darmstadt und sämtliche ihr angegliederte Institutionen auf, schnellstmöglich, aber spätestens bis 2030, Klimaneutralität zu erreichen. Es soll ein verpflichtender Handlungsplan mit konkreten Verantwortlichkeiten partizipativ bis Ende 2019 erstellt werden. Erste Schritte zur Realisierung, wie z.B. Divestment, sind unverzüglich einzuleiten und konsequent umzusetzen. **Angestellten der Universität soll für klimaschonere Dienstreisen mit dem Zug mehr Reisezeit, Freistellung oder Urlaubstagen gegenüber Flugreisen gewährt werden. Besonders Flugreisen sollen kompensiert werden (atmosfair).** Der Stand der Zielerfüllung soll jährlich überprüft und veröffentlicht werden.

Die TU verpflichtet alle Kooperationspartner (Universitäten, Unternehmen, Drittmittel- und sonstige Geldgeber...) sich an die Klimaziele zu binden und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Bisherigen Partner, die dies nicht erfüllen, muss nach spätestens zwei Jahren die Zusammenarbeit gekündigt werden.

Studierendenwerk und Mensa

Wir fordern das Studierendenwerk Darmstadt auf, in seinen Mensen **und Bistros** 75% der Hauptgerichte fleischlos anzubieten. **25 % sollen vegan sein.** Saisonale, **und regionale und Produkte Bio**produkte sind hierbei zu bevorzugen. **Auf günstigere vegetarische/vegane als Fleisch-Gerichte ist (z.B. über Quersubventionierung) hinzuwirken.** **Alternativen zu Fleisch in Gerichten (z.B. auf Insektenbasis) soll vorgestellt bzw. gefördert werden.** Darüber hinaus soll ein Veggie-Day und jeden Tag mindestens ein veganes Gericht in den Mensen angeboten werden. **Zudem sollen in allen Mensen bis Juni 2020 Wasserspender aufgestellt werden.** **Neben den Schautellern sollen die CO2-Äquivalente eines Gerichts nach Vorbild der Kennzeichnung in den "Klimawochen" gut sichtbar dargestellt werden.** **Mensen und Bistros sollen plastikfrei werden, z.B. Joghurtbecher aus dem Sortiment nehmen; Brötchen nicht auf Plastikpappschälchen.**

4. Ökologische Ausrichtung der Lehre und Forschung

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern eine gesamt-ökologische Ausrichtung der TU Darmstadt. Die Klimakrise und deren Lösungsmöglichkeit sollen einen essentiellen Aspekt des Studiums in allen Studiengängen der TU Darmstadt darstellen. Dies bedeutet explizit ein **auf den Studiengang abgestimmtes fachbereichsspezifisches** verpflichtendes Modul, welches die **nachhaltige Entwicklung Klimakrise** thematisiert und Lösungsansätze der Fachrichtung aufzeigt, **bei der nächsten Akkreditierung, wenn keine Akkreditierung dann spätestens Anfang 2021.**

Eine Auseinandersetzung mit dem Klimawandel impliziert auch eine Auseinandersetzung mit ökonomisch-sozialen Fragen wie die kapitalistische Leistungsgesellschaft, Beziehungen zu **industriell weniger** nicht entwickelten Ländern und weiteren unmittelbar mit dem Klimawandel verknüpften Problemfeldern. Daher sollte ein verpflichtendes Angebot von Wahlpflichtmodulen in diesem Themenspektrum existieren und erarbeitet werden. Lehrende sollen schon jetzt das Thema in den Lehrveranstaltungen stärker berücksichtigen als bisher.

Kommentiert [DG4]: [22:06] zu Hauptforderung 3, 4 von Annica Preikschat

Kommentiert [DG5]: [22:13 - 22:16] zu Hauptforderung 3, 4 von Sophie Poznick

Kommentiert [DG6]: [22:07] zu Hauptforderung 3 von Julius Kaiser

Kommentiert [DG7]: [21:34] zu Hauptforderung 3, 4 von Yannic Fischler

hat formatiert: Schriftart: 14 Pt., Fett

hat formatiert: Schriftart: 14 Pt., Fett

Kommentiert [DG8]: [21:40] zu Hauptforderung 3 von Annica Preikschat

Kommentiert [DG9]: [21:37] zu Hauptforderung 3 von Robert Hülsmann

Kommentiert [DG10]: [22:13 - 22:16] zu Hauptforderung 3, 4 von Sophie Poznick

Kommentiert [DG11]: [21:37] zu Hauptforderung 3 von Robert Hülsmann

Kommentiert [DG12]: [21:20] zu Hauptforderung 3 von Daniel Kellendorf

Kommentiert [DG13]: [21:34] zu Hauptforderung 3, 4 von Yannic Fischler

Kommentiert [DG14]: [22:03] zu Hauptforderung 3 von Lars Wolf

Kommentiert [DG15]: [21:42] zu Hauptforderung 3 von anonym

Kommentiert [DG16]: [22:12] zu Hauptforderung 3 von Marcel Reusing

Kommentiert [DG17]: [22:05] zu Hauptforderung 3 von Elisabeth Hagenthau

Kommentiert [DG18]: zu Hauptforderung 1 von Kai

Kommentiert [DG19]: [22:26] zu Hauptforderung 4 von Franziska Chuleck

Kommentiert [DG20]: [22:13 - 22:16] zu Hauptforderung 3, 4 von Sophie Poznick

Kommentiert [DG21]: [22:06] zu Hauptforderung 3, 4 von Annica Preikschat

Kommentiert [DG22]: [22:20] zu Hauptforderung 4 von Leonie Kapelke

Der Aspekt der Nachhaltigkeit soll mit besonderem Gewicht in die Entscheidungen zu

- Besetzungen von Professuren
- Förderung von Drittmittel- & Forschungsprojekten

berücksichtigt werden.

Kommentiert [DG23]: [21:17] zu Hauptforderung 1 von Kai

5. Veröffentlichung aller umweltrelevanter Daten

Die TU Darmstadt soll in Kooperation mit dem Studierendenwerk ein Klimamonitoring entwickeln, das alle Treibhausgasemissionen der TU Darmstadt und des Studierendenwerks erfassen soll. Dazu gehören insbesondere die Emissionen aus Wärmeversorgung, Kühlung, Stromversorgung, Dienstreisen der Universitätsmitarbeitenden sowie Veranstaltungen inkl. Catering aufgeschlüsselt nach Fachbereichen. Anhand dieser Daten soll beraten werden, ob die bisherigen Maßnahmen der TU Darmstadt und des Studierendenwerks zur Erreichung ihrer Klimaziele ausreichen. Darüber hinaus sollen im Klimamonitoring Potentiale für Emissionsminderungen identifiziert werden. Das Klimamonitoring soll aktiv gegenüber der Studierendenschaft, den Mitarbeitenden und der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Die Erhebung und Informierung soll bis spätestens Ende 2019 erfolgen und jährlich aktualisiert werden. Wenn Optionen zur Emissionsminderung identifiziert sind, soll ein Umsetzungsversuch bis zum nächsten Jahr gemacht und dokumentiert werden.

Kommentiert [DG24]: [22:31] zu Hauptforderung 5 von Lars Wolf

Kommentiert [DG25]: [22:31] zu Hauptforderung 5 von Lars Wolf

Kommentiert [DG26]: [22:30] zu Hauptforderung 5 von Isabel Armstrong-Conell

6. Klimakrise als Kernthema des Präsidiums

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern das Präsidium der TU Darmstadt auf, die Klimakrise als Kernthema zu behandeln und die Belange der Klimagerechtigkeit über die ökonomische Belange zu stellen. Das neue Präsidium soll spätestens vier Wochen nach Amtseintritt mit der Studierendenschaft der TU Darmstadt in offene Verhandlungen treten. Wir fordern das Präsidium und den AstA auf, innerhalb von 6 Monaten eine Nachhaltigkeitsklausel als Antrag auf Änderung in der Grundordnung der Universität einzureichen und aufzunehmen.

Weitere Forderungen:

- Kostenloser Ö-Nahverkehr für alle um die Autos von den Straßen zu bringen (Somit Park & Ride)
- "Wildblumen" auf Rasengittersteinen, Bäume (einheimische statt "Zier"pflanzen)

Kommentiert [DG27]: [22:33] zu verschiedenen Forderungen von Ute Lehmann

Anlage R1b: Resolution Vollversammlung (beschlossene Fassung)

Resolution der Studierendenschaft der TU Darmstadt vom 15. und 16. Juli 2019

Seite 1 von 3

Die studentische Vollversammlung und das Studierendenparlament der TU Darmstadt haben am 15. und 16. Juli 2019 die nachfolgende Resolution erarbeitet.

Beschlossen am 16. Juli 2019 im Studierendenparlament

1. Solidarisierung mit den Forderungen der „Fridays for Future“-Bewegung

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, solidarisieren uns mit den Forderungen der „Fridays for Future“-Bewegung, d.h. der Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5 °C-Ziels. Für Deutschland bedeutet dies explizit:

- Nettonull bis 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5 °C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- ¼ der Kohlekraft abschalten
- Besteuerung der Treibhausgasemissionen (min. 180 € pro Tonne CO₂)

Ziel der Treibhausgasemissions-Steuer ist:

- die Förderung von Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens
- eine Ausschüttung einer CO₂-Dividende an die Bevölkerung, um einen sozialverträglichen Strukturwandel zu ermöglichen

Wir fordern die TU Darmstadt und sämtliche ihr angegliederten Institutionen auf, sich ebenfalls öffentlich mit den Forderungen der „Fridays for Future“-Bewegung zu solidarisieren und die Studierenden innerhalb der Klimabewegung zu bestärken. Dazu gehört die Ermöglichung der nachteilsfreien Teilnahme an den Freitagsstreiks aller Studierenden sowie Mitarbeitenden der Universität.

2. Anerkennung des Sonderberichtes des IPCC zu 1,5 °C

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern die Stadt Darmstadt und das Land Hessen auf, die Erkenntnisse des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) Sonderberichts 2018 (SR1.5) innerhalb von 3 Monaten (bis zum 01.11.2019) zur Gänze anzuerkennen und dementsprechend Maßnahmen unter Einbezug aller Sektoren (Energie, Mobilität, Landwirtschaft, Gebäudetechnik...) zu ergreifen. Die Institutionen sollen jährlich Berichte über die Fortschritte zur Reduzierung ihrer Klimabilanz veröffentlichen, beginnend spätestens am 01.01.2020.

3. Klimaneutralität der Universität

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern die TU Darmstadt und sämtliche ihr angegliederte Institutionen auf, schnellstmöglich, aber spätestens bis 2030, Klimaneutralität zu erreichen. Es soll ein verpflichtender Handlungsplan mit konkreten Verantwortlichkeiten partizipativ bis Ende 2019 erstellt werden. Erste Schritte zur Realisierung, wie z.B. Divestment, sind unverzüglich einzuleiten und konsequent umzusetzen. Angestellten der Universität soll für klimaschonendere Dienstreisen mit dem Zug mehr Reisezeit, Freistellung oder Urlaubstage gegenüber Flugreisen

gewährt werden. Besonders Flugreisen sollen kompensiert werden. Der Stand der Zielerfüllung soll jährlich überprüft und veröffentlicht werden.

Die TU verpflichtet alle Kooperationspartner (Universitäten, Unternehmen, Drittmittel- und sonstige Geldgeber...) sich an die Klimazielen zu binden und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Bisherigen Partnern, die dies nicht erfüllen, muss nach spätestens zwei Jahren die Zusammenarbeit gekündigt werden.

4. Studierendenwerk und Mensa

Wir fordern das Studierendenwerk Darmstadt auf, in seinen Mensen und Bistros 75% der Hauptgerichte fleischlos anzubieten. 25 % sollen vegan sein. Saisonale, regionale und Bioprodukte sind hierbei zu bevorzugen. Auf günstigere vegetarische/vegane als Fleisch-Gerichte ist (z.B. über Quersubventionierung) hinzuwirken. Alternativen zu Fleisch in Gerichten (z.B. auf Insektenbasis) soll vorgestellt bzw. gefördert werden.

Es soll ein Veggie-Day und jeden Tag mindestens ein veganes Gericht in den Mensen angeboten werden. Zudem sollen in allen Mensen bis Juni 2020 Wasserspender aufgestellt werden. Neben den Schautellern sollen die CO₂-Äquivalente eines Gerichts nach Vorbild der Kennzeichnung in den „Klimawochen“ gut sichtbar dargestellt werden. Mensen und Bistros sollen plastikfrei werden, z.B. Joghurtbecher aus dem Sortiment nehmen; Brötchen nicht auf Plastikpappschälchen anbieten.

5. Ökologische Ausrichtung der Lehre und Forschung

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern eine gesamt-ökologische Ausrichtung der TU Darmstadt. Die Klimakrise und deren Lösungsmöglichkeit sollen einen essentiellen Aspekt des Studiums in allen Studiengängen der TU Darmstadt darstellen. Dies bedeutet explizit ein auf den Studiengang abgestimmtes verpflichtendes Modul, welches die nachhaltige Entwicklung thematisiert und Lösungsansätze der Fachrichtung aufzeigt, bei der nächsten Akkreditierung, wenn keine Akkreditierung dann spätestens Anfang 2021.

Eine Auseinandersetzung mit dem Klimawandel impliziert auch eine Auseinandersetzung mit ökonomisch-sozialen Fragen wie die kapitalistische Leistungsgesellschaft, Beziehungen zu industriell weniger entwickelten Ländern und weiteren unmittelbar mit dem Klimawandel verknüpften Problemfeldern. Daher sollte ein verpflichtendes Angebot von Wahlpflichtmodulen in diesem Themenspektrum existieren und erarbeitet werden. Lehrende sollen schon jetzt das Thema in den Lehrveranstaltungen stärker berücksichtigen als bisher.

Der Aspekt der Nachhaltigkeit soll mit besonderem Gewicht in die Entscheidungen zu

- Besetzungen von Professuren
- Förderung von Drittmittel- & Forschungsprojekten

berücksichtigt werden.

6. Veröffentlichung aller umweltrelevanter Daten

Die TU Darmstadt soll in Kooperation mit dem Studierendenwerk ein Klimamonitoring entwickeln, das alle Treibhausgasemissionen der TU Darmstadt und des Studierendenwerks erfasst. Dazu gehören insbesondere die Emissionen aus Wärmeversorgung, Kühlung, Stromversorgung, Dienstreisen der Universitätsmitarbeitenden sowie Veranstaltungen inkl. Catering aufgeschlüsselt nach Fachbereichen. Anhand dieser Daten soll beraten werden, ob die bisherigen Maßnahmen der TU Darmstadt und des Studierendenwerks zur Erreichung ihrer Klimaziele ausreichen. Darüber hinaus sollen im Klimamonitoring Potentiale für Emissionsminderungen identifiziert werden. Das Klimamonitoring soll aktiv gegenüber der Studierendenschaft, den Mitarbeitenden und der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Die Erhebung und Informierung sollen bis spätestens Ende 2019 erfolgen und jährlich aktualisiert werden. Wenn Optionen zur Emissionsminderung identifiziert sind, soll ein Umsetzungsversuch bis zum nächsten Jahr gemacht und dokumentiert werden.

7. Klimakrise als Kernthema des Präsidiums

Wir, die Studierenden der TU Darmstadt, fordern das Präsidium der TU Darmstadt auf, die Klimakrise als Kernthema zu behandeln und die Belange der Klimagerechtigkeit über ökonomische Belange zu stellen. Das neue Präsidium soll spätestens vier Wochen nach Amtseintritt mit der Studierendenschaft der TU Darmstadt in offene Verhandlungen treten. Wir fordern das Präsidium und den AStA auf, innerhalb von 6 Monaten eine Nachhaltigkeitsklausel als Antrag auf Änderung in der Grundordnung der Universität einzureichen und aufzunehmen.

Anlage R2: Resolution Raumvergabe (eingebrachte Fassung)

Antragssteller*innen: Linke Liste – SDS, FACHWERK, Liberale Hochschulgruppe (LHG), Juso-Hochschulgruppe

Antragstext:

Das Studierendenparlament spricht sich klar gegen das, vom Dezernat IV vorgeschlagene, neue Modell der Raumvergabe für politische Hochschulgruppen aus. Dieses sieht vor, in Zukunft nur noch vier Räume für politische Hochschulgruppen zur Verfügung zu stellen. Die Räume sollen nur an politische Hochschulgruppen mit mindestens vier Sitzen – in der aktuellen und nächsten Legislatur erreichen dies nur zwei von sechs Gruppen – vergeben werden. Politische Hochschulgruppen mit weniger Sitzen sollen sich – ohne Anschauung der politischen Ausrichtung – für einen Raum zusammentun. Sowohl der “Vorschlag” zur Raumverteilung an politische Hochschulgruppen als auch der Entscheidungsprozess über solche Verfahren lassen auf einen geringen Stellenwert, den das Präsidium der TU Darmstadt der studentischen Selbstverwaltung zumisst, schließen.

Die TU Darmstadt ist Bauherrin und damit verantwortlich für den Bau, die Instandhaltung und die Ausgestaltung ihrer Räumlichkeiten. Dass die Universität dem wachsenden Raumbedarf – oder lediglich der Instandhaltung bestehender Gebäude – nur in einem unzureichendem Maße nachkommt, zeigt sich an vielen Stellen: Der katastrophale Zustand des Architekturgebäudes, der seit Jahren verschobene Rückzug des Fachbereiches Gesellschafts und Geschichtswissenschaften in das Schloss, überfüllte Seminar- und Vorlesungsräume, das überfüllte Hochschulgruppenhaus und die eindeutigen Rückmeldungen aus der Studierendenbefragung: 76 % der Studierenden sind mit der Anzahl von Einzelarbeitsplätzen und der Anzahl von Räumen für Lerngruppen nicht zufrieden, zwei Drittel der Studierenden ist mit der Ausstattung von Räumen nicht zufrieden. Diese Liste ließe sich beliebig fortführen. Bei Gesprächen mit der Raumverwaltung wird dann auch schnell klar, wo die Universität ihre Prioritäten setzt und welches Selbstverständnis die Verwaltung hat: Der Raumbedarf wird trotz der peinlichen Rückmeldungen der Studierenden vor allem in der Forschung gesehen. Man diene schließlich der Universität und nicht einer Statusgruppe.

Die Vergabe der Räume zeigt neben der verfehlten Baupolitik aber auch das Demokratie(un)verständnis der Universität.

Erstens ist die Vergabe nur an Gruppen mit mehr als vier Sitzen höchst undemokratisch, da kleinere Listen hier klar benachteiligt werden. Eine Gleichbehandlung der politischen Hochschulgruppen wird abgelehnt. Stattdessen wird größeren Hochschulgruppen ein Wettbewerbsvorteil zugestanden. Die bessere Infrastruktur ermöglicht eine bessere Planung und Verwaltung der eigenen Aktivitäten, wodurch z.B. der Wahlkampf vereinfacht wird. Es entsteht ein sich selbst erhaltendes System. Des Weiteren erscheint die Grenze von vier Sitzen absolut willkürlich und nur auf Grundlage der aktuellen Sitzverteilung gewählt worden zu sein. Die Frage danach, was passiert wenn im nächsten Jahr mehr als vier Listen vier Sitze im StuPa erreichen (rechnerisch möglich) bleibt ungeklärt.

Zweitens ist das Zusammenfassen von konkurrierenden Hochschulgruppen in einem Raum ein realitätsferner Vorschlag, da es den Zweck eines eigenen Raum für die politische Arbeit ad absurdum führt. Zu guter Letzt zeigt es auch das – in Gesprächen bestätigte – völlige Desinteresse der Universitätsverwaltung an der studentischen Selbstverwaltung. Das

Vergabesystem wurde laut eigener Aussage ohne Anschauung der politischen Sitzverhältnisse entworfen.

Drittens ist die Befristung der Raumverträge auf ein Jahr / eine Legislatur kein haltbarer Zustand. Durch eine solche Befristung kann weder die Kontinuität der politischen Arbeit sichergestellt werden, noch erweckt diese Regelung den tatsächlich erkennbaren Willen, dass die genannten vier Räume auch langfristig für politische Hochschulgruppen zur Verfügung stehen. Insbesondere durch die aktuelle Reduzierung von fünf auf vier Räume wird dieser Verdacht erhärtet.

Darüber hinaus ist die Vergabe in einem undemokratischen Prozess entstanden. Laut Aussage der Raumverwaltung wurde die Vergabe in drei Iterationsstufen bereits im November 2018 entworfen, damit die Vergabe zukünftig offen und transparent sei. Dennoch wurden die politischen Hochschulgruppen erst mehr als ein halbes Jahr später offiziell informiert. Darüber hinaus war es nicht vorgesehen, studentische Vertreter*innen oder gar studentische Interessen in diesen Prozess einzubinden.. Dennoch wird behauptet, dass das Vergabemodell nicht gegen uns, sondern für uns entworfen sei. Dass alle politischen Hochschulgruppen sich gegen das Modell stellen, offenbart die Scheinheiligkeit dieser Aussagen. Es zeigt sich, dass die Universitätsverwaltung am Liebsten autokratisch agiert. Die lästige Partizipation von Mitgliedern der Universität wird, wo es nur geht, umgangen – auch wenn diese als einzige von den ersonnenen Regelungen betroffen sind.

Daher fordern wir:

1. Jede gewählte politische Hochschulgruppe soll einen eigenen Raum bekommen.
2. Die Universität endlich demokratisch gestalten. Verwaltungsentscheidungen müssen tatsächlich offen und transparent sein. Demokratische Entscheidungen brauchen demokratische Prozesse.
3. Die Baupolitik der TU Darmstadt muss endlich an den Bedürfnissen aller Universitätsmitglieder ausgerichtet werden.

Anlage R2b: Resolution Raumvergabe (beschlossene Fassung)

Antragssteller*innen: Linke Liste – SDS, FACHWERK, Liberale Hochschulgruppe (LHG), Juso-Hochschulgruppe

Antragstext: Das Studierendenparlament spricht sich klar gegen das, vom Dezernat IV vorgeschlagene, neue Modell der Raumvergabe für politische Hochschulgruppen aus. Dieses sieht vor, in Zukunft nur noch vier Räume für politische Hochschulgruppen zur Verfügung zu stellen. Die Räume sollen nur an politische Hochschulgruppen mit mindestens vier Sitzen — in der aktuellen und nächsten Legislatur erreichen dies nur zwei von sechs Gruppen — vergeben werden. Politische Hochschulgruppen mit weniger Sitzen sollen sich — ohne Anschauung der politischen Ausrichtung – für einen Raum zusammentun. Sowohl der „Vorschlag“ zur Raumverteilung an politische Hochschulgruppen als auch der Entscheidungsprozess über solche Verfahren lassen auf einen geringen Stellenwert, den das Präsidium der TU Darmstadt der studentischen Selbstverwaltung zumisst, schließen. Die TU Darmstadt ist Bauherrin und damit verantwortlich für den Bau, die Instandhaltung und die Ausgestaltung ihrer Räumlichkeiten. Dass die Universität dem wachsenden Raumbedarf — oder lediglich der Instandhaltung bestehender Gebäude — nur in einem unzureichendem Maße nachkommt, zeigt sich an vielen Stellen: Der katastrophale Zustand des Architekturgebäudes, der seit Jahren verschobene Rückzug des Fachbereiches Gesellschafts und Geschichtswissenschaften in das Schloss, überfüllte Seminar- und Vorlesungsräume, das überfüllte Hochschulgruppenhaus und die eindeutigen Rückmeldungen aus der Studierendenbefragung: 76% der Studierenden sind mit der Anzahl von Einzelarbeitsplätzen und der Anzahl von Räumen für Lerngruppen nicht zufrieden, zwei Drittel der Studierenden ist mit der Ausstattung von Räumen nicht zufrieden. Diese Liste ließe sich beliebig fortführen. Bei Gesprächen mit der Raumverwaltung wird dann auch schnell klar, wo die Universität ihre Prioritäten setzt und welches Selbstverständnis die Verwaltung hat: Der Raumbedarf wird trotz der peinlichen Rückmeldungen der Studierenden vor allem in der Forschung gesehen. Man diene schließlich der Universität und nicht einer Statusgruppe. Die Vergabe der Räume zeigt neben der verfehlten Baupolitik aber auch das Demokratie(un)verständnis der Universität. Erstens ist die Vergabe nur an Gruppen mit mehr als vier Sitzen höchst undemokratisch, da kleinere Listen hier klar benachteiligt werden. Eine

Gleichbehandlung der politischen Hochschulgruppen wird abgelehnt. Stattdessen wird größeren Hochschulgruppen ein Wettbewerbsvorteil zugestanden. Die bessere Infrastruktur ermöglicht eine bessere Planung und Verwaltung der eigenen Aktivitäten, wodurch z.B. der Wahlkampf vereinfacht wird. Es entsteht ein sich selbst erhaltendes System. Des Weiteren erscheint die Grenze von vier Sitzen absolut willkürlich und nur auf Grundlage der aktuellen Sitzverteilung gewählt worden zu sein. Die Frage danach, was passiert wenn im nächsten Jahr mehr als vier Listen vier Sitze im StuPa erreichen (rechnerisch möglich) bleibt ungeklärt. Zweitens ist das Zusammenfassen von konkurrierenden Hochschulgruppen in einem Raum ein realitätsferner Vorschlag, da es den Zweck eines eigenen Raum für die politische Arbeit ad absurdum führt. Zu guter Letzt zeigt es auch das – in Gesprächen bestätigte – völlige Desinteresse der Universitätsverwaltung an der studentischen Selbstverwaltung. Das Vergabesystem wurde laut eigener Aussage ohne Anschauung der politischen Sitzverhältnisse entworfen. Drittens ist die Befristung der Raumverträge auf ein Jahr / eine Legislatur kein haltbarer Zustand. Durch eine solche Befristung kann weder die Kontinuität der politischen Arbeit sichergestellt werden, noch erweckt diese Regelung den tatsächlich erkennbaren Willen, dass die genannten vier Räume auch langfristig für politische Hochschulgruppen zur Verfügung stehen. Insbesondere durch die aktuelle Reduzierung von fünf auf vier Räume wird dieser Verdacht erhärtet. Darüber hinaus ist die Vergabe in einem undemokratischen Prozess entstanden. Laut Aussage der Raumverwaltung wurde die Vergabe in drei Iterationsstufen bereits im November 2018 entworfen, damit die Vergabe zukünftig offen und transparent sei. Dennoch wurden die politischen Hochschulgruppen erst mehr als ein halbes Jahr später offiziell informiert. Darüber hinaus war es nicht vorgesehen, studentische Vertreter*innen oder gar studentische Interessen in diesen Prozess einzubinden. Dennoch wird behauptet, dass das Vergabemodell nicht gegen uns, sondern für uns entworfen sei. Dass alle politischen Hochschulgruppen sich gegen das Modell stellen, offenbart die Scheinheiligkeit dieser Aussagen. Es zeigt sich, dass die Universitätsverwaltung am Liebsten autokratisch agiert. Die lästige Partizipation von Mitgliedern der Universität wird, wo es nur geht, umgangen – auch wenn diese als einzige von den ersonnenen Regelungen betroffen sind. Daher fordern wir:

1. Jede politische Hochschulgruppe, die zur Wahl zugelassen wurde, soll ab dem Zeitraum ihrer Zulassung einen eigenen Raum zur Verfügung gestellt bekommen.
2. Die Universität endlich demokratisch gestalten. Verwaltungsentscheidun-

gen müssen tatsächlich offen und transparent sein. Demokratische Entscheidungen brauchen demokratische Prozesse.

3. Die Baupolitik der TU Darmstadt muss endlich an den Bedürfnissen aller Universitätsmitglieder ausgerichtet werden.